

# Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 46  
36. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,  
17. November 1928

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Abonnementspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postämter. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rastler, Berlin.  
Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin SO. 10, im ehemaligen Postz. Bureau: Hans-Jannowitz-Str. 62/64.

Gewerbeanzeigen werden nach Tarif berechnet. Arbeitervereinigungen 50 Pfennig die Zeile. Verbandsanzeigen kosten 30 Pfennig die Zeile.

## Arbeitszeiten und Löhne im Holzgewerbe.

Die Lohnstatistik, die das Statistische Reichsamt im März für das Tischlergewerbe und den Musikinstrumentenbau durchgeführt hat, umfaßt zwar nur einen kleinen Teil der Arbeiter, aber durch die systematische Auswahl der Orte und der Betriebe gibt sie ein durchaus zutreffendes Bild von den Arbeitszeit- und Lohnverhältnissen. Das Statistische Reichsamt hat bisher nur die Hauptergebnisse der Erhebung veröffentlicht, die wir in Nr. 36 der „Holzarbeiter-Zeitung“ teilweise behandelt haben. Heute wollen wir uns mit dem Rest des Materials beschäftigen.

Zunächst bringen wir eine Zusammenstellung der Durchschnittsergebnisse in bezug auf die Arbeitszeit, Stunden- und Wochenverdienste. Die Statistik hat, worauf nachdrücklich hingewiesen werden muß, nur die über 22 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen erfasst. Die ermittelten Verdienste gelten also nur für

Durchschnittsergebnisse für die über 22jährigen Arbeiter und Arbeiterinnen.

	Zahl der Arbeiter	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit	Durchschnittlicher Stundenverdienst		Bruttowochenverdienst in M.
			mit Zulage für Überstunden	ohne Zulage für Überstunden	
<b>Tischlergewerbe.</b>					
Facharbeiter in Zeitlohn	20783	45,9	0,7	116,4	53,40
Facharbeiter in Stücklohn	9419	41,5	0,4	126,1	51,91
Hilfsarbeiter in Zeitlohn	4282	46,4	0,7	89,4	41,48
<b>Musikinstrumentenbau.</b>					
Facharbeiter in Zeitlohn	2680	49,5	0,9	118,7	51,89
Facharbeiter in Stücklohn	5287	41,5	0,4	138,9	55,82
Ungef. Arbeiter in Zeitlohn	62	47,8	1,1	91,1	43,53
Ungef. Arbeiter in Stücklohn	59	37,2	—	102,8	38,42
Hilfsarbeiter in Zeitlohn	736	44,4	0,5	90,7	40,33
Facharbeiterinnen in Zeitlohn	90	42,1	0,1	77,5	32,66
Facharbeiterinnen in Stücklohn	461	37,8	—	77,9	29,05
Ungef. Arbeiterinnen in Zeitlohn	29	44,9	—	62,4	28,00
Ungef. Arbeiterinnen in Stücklohn	124	39,8	—	76,4	30,00

den höchstentlohnten Teil der Arbeiterschaft. Was zunächst die tatsächliche Arbeitszeit anbelangt, so bleibt diese im Durchschnitt zum Teil recht beträchtlich unter der tariflichen Wochenarbeitszeit. Nur in 28 Orten wurde im Monat März die tarifliche Arbeitszeit voll ausgenutzt, einige arbeiteten auch mit Überstunden. Für die übergroße Mehrheit der Arbeiter war nicht einmal so viel Arbeit vorhanden, daß sie 46 oder 48 Stunden beschäftigt werden konnten. Zum Teil beträgt die von den Wirtschaftsverhältnissen erwungene Arbeitszeitverkürzung 11,9 Stunden; im Reichsdurchschnitt etwa 3 Stunden. Aus dieser Tatsache ergibt sich die Sinnlosigkeit der heutigen Regelung der Arbeitszeit.

Wenn über Lohn erhöhungen gesprochen wird, verweisen die Unternehmer auf die Stundenlöhne, die

auch eine erfreuliche Steigerung aufzuweisen haben. Aus der Höhe des Stundenverdienstes läßt sich gegenwärtig, wo selten voll gearbeitet wird, aber kein Schluß ziehen auf den Wochenverdienst. Die ermittelten Wochenlöhne sind daher auch viel bescheidener, als sich bei der Betrachtung der Stundenverdienste zunächst vermuten läßt. Für die Tischler in Zeitlohn beträgt der Bruttowochenverdienst durchschnittlich 53,40 M., und für die in Stücklohn 57,91 M. Die Facharbeiter im Musikinstrumentenbau bleiben, obwohl sie höhere Stundenlöhne haben als die Tischler, noch unter diesen Sätzen: Für Facharbeiter in Zeitlohn betrug der Wochenverdienst 51,89 M. und für die in Stücklohn 55,82 M. Im übrigen verweisen wir auf die vorstehende Zusammenstellung.

Wie die männlichen Facharbeiter des Tischlergewerbes und des Instrumentenbaues sich auf die Lohnstufen verteilen, geht aus der untenstehenden Tabelle hervor. Für die Facharbeiter in Zeitlohn ergibt sich eine verhältnismäßig starke Besetzung der Lohnstufen von 50 bis 57,50 M., auf die 30,4 Prozent der erfassten Arbeiter entfallen. Bei den Facharbeitern in Stücklohn liegen die Verdienste etwas höher. Die Lohnstufen von 50 bis 57,50 M. sind hier mit nur 23,4 Prozent der erfassten Arbeiter besetzt. Über 57,50 M. verdienen 45,3 Prozent, bei den Facharbeitern in Zeitlohn aber nur 34,7 Prozent. Auf die unterste Lohnstufe mit einem Bruttowochenverdienst bis 37,50 M. entfallen bei den Zeitlohnarbeitern 7,8 Prozent und bei den Stücklohnarbeitern 8,6 Prozent. Das Statistische Reichsamt bemerkt hierzu, daß 75 Prozent dieser Arbeiter nur eine Wochenarbeitszeit von 32 und weniger Stunden hatten, also einen Ausfall von mindestens zwei vollen Arbeitstagen. Das stimmt, aber trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß mehr als 3000 Facharbeiter weniger als 37,50 M. in der Woche verdienen.

Für einen Vergleich der im März 1928 ermittelten Wochenverdienste mit Verdiensten aus der Vorkriegszeit gibt es kein anderes Material als die Lohnstatistik unseres Holzarbeiter-Verbandes vom November 1911. Das Statistische Reichsamt hat aus unserer Statistik einen gewogenen Durchschnitt aus den gleichen Orten, die der amtlichen Erhebung vom März 1928 zugrunde gelegen haben, berechnet. Danach betrug 1911 der Bruttowochenverdienst für erwachsene Tischler in Zeitlohn 30,45 M. und in Stücklohn 32,65 M. Vergleicht man diese Verdienste mit denen vom März 1928, so ergeben sich nominelle Steigerungen um 75 Prozent bei den Zeitlohn- und um 77 Prozent bei den Stücklohnarbeitern. Allerdings lassen sich die Verdienste von 1911 und 1928 nicht ohne weiteres miteinander vergleichen, denn die Statistik von 1911 bezieht sich auf alle Arbeiter über 18 Jahre, die von 1928 aber nur auf Facharbeiter über 22 Jahre. Wären 1911 auch nur die Facharbeiter über 22 Jahre erfasst worden, dann hätte sich zweifellos ein wesentlich höherer Durchschnittslohn ergeben, und die Differenz zwischen den Löhnen von 1911 und 1928 wäre entsprechend kleiner. Für den Musikinstrumentenbau hat unser Holzarbeiter-Verband 1913 eine Lohnstatistik durchgeführt. Auch diese hat das Statistische Reichsamt neu berechnet, und es kommt zu einem Bruttowochenverdienst von 33,03 Mark im Durchschnitt für Stücklohnarbeiter. Im Verhältnis hierzu betrug im März 1928 der Wochenverdienst 55,82 M. Die nominelle Steigerung beträgt hier 68 Prozent. Für die Vergleichbarkeit dieser Verdienste gelten die gleichen Vorbehalte wie bei den Tischlern; hier ist eine Vergleichbarkeit sogar noch weniger gegeben, da die Statistik von 1913 alle Arbeiter über 17 Jahre umfaßt.

Für die Beurteilung der Einkommensverschiebungen der Arbeiter sind auch die jeweiligen Abzüge vom Bruttoverdienst von Wichtigkeit. In Betracht kommen die Lohnsteuer, die Arbeiteranteile zur Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenversicherung. Durch die Erhebung ist festgestellt worden, daß die Lohnsteuer im März 1928 durchschnittlich für die erfassten über 22 Jahre alten männlichen Facharbeiter in Zeitlohn 3,8 Prozent und in Stücklohn 4,0 Prozent des Bruttowochenverdienstes ausmachte, während vor dem Weltkriege an Staats- und Gemeindesteuern nur 2,2 Prozent erhoben wurden. Auf die Arbeiteranteile für Sozialversicherung entfielen 1928 bei den Facharbeitern in Zeitlohn 7,3 Prozent und in Stücklohn 6,8 Prozent des Bruttowochenverdienstes. Vor dem Weltkriege hatten diese Arbeiter an Beiträgen zur Kranken- und Invalidenversicherung in den gleichen Gemeinden nach einer besonderen Umfrage des Statistischen Reichsamts 3,4 Prozent des Bruttowochenverdienstes zu zahlen.

Schließlich ist die Preissteigerung seit der Vorkriegszeit zu berücksichtigen, und zwar am besten mit Hilfe der Reichsindexziffer der Lebenshaltungskosten. Diese stand im März 1928 auf 150. Da die Indexziffer jedoch vom Preisstand 1913/14 ausgeht, die Vergleichslöhne dagegen aus dem Jahre 1911 stammen, muß zunächst für beide Feststellungen ein gleicher Ausgangspunkt gewonnen werden. Das ist in zweifacher Art möglich. Man kann einmal die Preisveränderungen von 1911 bis 1913/14 berücksichtigen und zweitens die Lohnsteigerung in dieser Zeit. Das Statistische Reichsamt hat beide Berechnungen durchgeführt. Wir halten die Lohnberechnung für die richtigere Methode. Unter Berücksichtigung der veränderten Kaufkraft der Mark ergibt sich folgende Steigerung der Wochenverdienste der über 22 Jahre alten Tischler in den Jahren von 1913 bis 1928:

Vor Nach  
Abzug der Lohnsteuer und der Arbeiteranteile zur Sozialversicherung  
für Facharbeiter in Zeitlohn auf ... 110 Prozent 103 Prozent  
für Facharbeiter in Stücklohn auf ... 111 „ 105 „

Wenn der Abzug der Lohnsteuer und der Arbeiteranteile zur Sozialversicherung nicht berücksichtigt wird, beträgt die reale Lohnsteigerung seit 1913 bei den Zeitlohnarbeitern 10 Prozent und bei den Stücklohnarbeitern 11 Prozent. Nach Berücksichtigung dieser Abzüge beträgt die Steigerung nur noch 3 und 5 Prozent. Die Steigerung des Wochenreallohnes ist also recht bescheiden. Früher konnte man den Wochenverdienst mit 50 multiplizieren, und man hatte das Jahreseinkommen. Heute, wo nur wenige Arbeiter das ganze Jahr über Beschäftigung haben, ist das anders. Zieht man dies in Betracht, so ergibt sich, daß viele Holzarbeiter heute ein niedriges Jahreseinkommen haben als in der Vorkriegszeit.

Verteilung der erfassten männlichen Facharbeiter auf einzelne Lohnklassen und Arbeitszeitstufen.

Bruttowochenlohn in M.	Wochenarbeitsstunden in der Erhebungszeit										Zahl der Arbeiter	Wochenarbeitsstunden in der Erhebungszeit										Zahl der Arbeiter				
	Über 22jährige männliche Facharbeiter in Zeitlohn					Über 22jährige männliche Facharbeiter in Stücklohn						Über 22jährige männliche Facharbeiter in Zeitlohn					Über 22jährige männliche Facharbeiter in Stücklohn									
	bis 32	32 bis 40	40 bis 44	44 bis 48	48 bis 50	bis 32	32 bis 40	40 bis 44	44 bis 48	48 bis 50		bis 32	32 bis 40	40 bis 44	44 bis 48	48 bis 50	bis 32	32 bis 40	40 bis 44	44 bis 48	48 bis 50					
bis 37,50	1374	272	42	22	18	72	10	6	1	1	1818	7,9	790	238	55	33	24	122	6	1	—	2	1271	8,0		
über 37,50 b. 40,-	56	164	79	34	34	123	21	2	1	—	514	2,2	79	125	26	29	19	32	7	1	—	2	569	2,5		
40,- b. 42,50	40	186	121	76	78	186	67	6	3	1	772	3,3	78	137	49	41	43	126	17	3	—	1	495	3,4		
42,50 b. 45,-	25	215	169	118	122	477	128	15	10	1	1281	5,5	63	152	69	54	58	175	21	3	1	—	3	598	4,1	
45,- b. 47,50	15	150	220	280	263	785	170	42	12	4	1866	8,0	43	184	66	107	72	318	30	5	3	1	1	850	3,8	
47,50 b. 50,-	11	187	223	207	224	749	212	62	23	13	2063	9,0	21	220	101	116	116	357	42	15	3	4	3	1007	6,9	
50,- b. 52,50	2	81	197	269	345	1120	244	88	78	10	2540	10,8	18	164	126	132	114	316	52	19	7	5	7	1152	7,9	
52,50 b. 55,-	2	45	186	339	340	1052	343	38	20	14	2471	10,3	9	143	194	147	137	539	59	20	6	11	4	1193	8,1	
55,- b. 57,50	1	34	165	325	367	911	252	36	64	25	2106	9,0	4	118	143	124	128	474	77	18	14	4	8	1102	7,5	
57,50 b. 60,-	1	32	93	343	371	722	254	38	55	27	1837	8,0	1	92	114	178	118	420	62	20	12	9	14	1036	7,0	
60,- b. 62,50	1	7	63	376	153	525	196	106	53	30	1558	6,6	2	69	119	130	126	400	58	15	18	2	11	947	6,4	
62,50 b. 65,-	—	6	50	369	111	399	155	52	48	68	1260	5,4	1	31	97	137	110	305	51	22	14	6	8	782	5,3	
65,- b. 67,50	1	4	27	208	88	298	97	52	54	43	909	3,9	3	24	86	133	90	248	55	19	11	10	10	684	4,7	
67,50	—	3	40	403	153	563	289	187	191	172	2535	10,8	5	73	194	745	272	1244	169	136	91	75	216	3220	21,9	
Zahl der Arbeiter überhaupt	1529	1336	1541	3420	2402	7909	2456	940	636	390	845	23413	100	1115	1774	1398	3100	1414	5315	706	388	181	127	290	14706	100
Prozent	6,5	5,7	6,6	14,0	10,3	33,5	10,3	4,0	2,7	1,7	3,6	100	7,0	12,1	9,5	14,3	9,6	36,1	4,8	1,9	1,2	0,9	2,0	100		

### Ein Sperrjahr der Unternehmer.

Der Reichsverband der deutschen Industrie will ein „organisatorisches Sperrjahr“ einführen. Was das ist, bedarf erst einer Klärung. Geprägt wurde dieser Begriff in der letzten Sitzung des genannten Spitzenverbandes der deutschen Unternehmer. Einstimmig wurde dort beschlossen, für die Zeit vom 1. Oktober 1928 bis 1. Oktober 1929 ein solches Sperrjahr zu schaffen, um den verschiedenen Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Gebiete des Organisationswesens eine einheitliche Richtung zu geben. Die dem Reichsverband der deutschen Industrie angeschlossenen Kreise werden aufgefordert, in diesem Zeitabschnitt von der Beteiligung an irgendwelchen Neugründungen oder von irgendeiner fördernden Tätigkeit für solche abzusehen und alle Mittel nur für solche Unternehmungen zur Verfügung zu stellen, die unbedingt bewährt sind.

Obgleich wir also schon mitten drin in diesem „Sperrjahr“ sind, vermag man sich selbst nach Kenntnis des genauen Wortlauts dieses Beschlusses noch kein richtiges Bild zu machen, was eigentlich beabsichtigt ist. Der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. J. Herle, verrät uns in einem in der „Industrie- und Handels-Zeitung“ erschienenen Aufsatz einiges über die Gründe, die zu diesem Beschluß führten, und ebenso, was eigentlich geplant ist. Aus den spaltenlangen Ausführungen entnehmen wir die für uns nicht gerade neue Feststellung, daß in den Spitzen- und Unterverbänden der Unternehmer eine Über- und Zwielforganisation vorhanden ist, die von Dr. Herle „eine Art Inflation“ genannt wird.

Um ein bezeichnendes Beispiel der geplanten Sperr- oder richtiger Sparmaßnahmen herauszugreifen: Der Reichsverband der deutschen Industrie will, daß die Zahl seiner eigenen Tagungen ebenso wie die der angeschlossenen Verbände eingeschränkt wird, und daß insbesondere auch die mit den Tagungen verbundenen Veranstaltungen aller Art, vor allem Festlichkeiten, eine Einschränkung erfahren. Wir, die wir wissen, daß nicht nur alle teuren Festveranstaltungen, sondern auch alle Fehlorganisationen, alle kostspieligen Extravaganzen des einzelnen Unternehmers und der Unternehmerverbände von vornherein auf Kosten der Arbeiterschaft gehen, haben allen Anlaß, über diesen ersten Schritt zur Besserung Genugtuung zu empfinden.

Doch sehen wir uns systematisch an, was im einzelnen geplant ist. Das Ziel ist, um wieder mit dem Juristendeutsch des Reichsverbandes der deutschen Industrie und seines Geschäftsführers zu reden, „der deutschen Industrie die Möglichkeit zu geben, sich uneingeschränkt ihrer Arbeit zu widmen und vor Störungen, Ablenkungen und zersplittern der Tätigkeit auf organisatorischem Gebiete bewahrt zu bleiben“. Zur Erreichung dieses Zieles werden Vorschläge aufgestellt, die sich auf drei Gebiete erstrecken:

1. auf die Erreichung einer größeren Wirtschaftlichkeit und Einfachheit im eigenen Organisationswesen der Wirtschaft;
2. auf die größere Zurückhaltung in der Förderung außenstehender Organisationen und Unternehmungen;
3. auf die Notwendigkeit einer stärkeren Kritik in der Wahl der Propagandamittel.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist der Reichsverband der deutschen Industrie nach Meinung seines Geschäftsführers bereits mit gutem Beispiel vorangegangen. Nur noch alle zwei Jahre finden Mitgliederversammlungen statt. Alle anderen Spitzenverbände sollten diesem Beispiel folgen. Auch in der Zahl anderer Sitzungen hat sich der Reichsverband der deutschen Industrie Einschränkungen angelegen sein lassen. Mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag steht der Reichsverband wegen der gleichzeitigen Tagung der Sonderausschüsse, die sich mit ähnlichen Fragen beschäftigen, in Verhandlungen. Für das ganze Jahr ist schon jetzt im voraus ein Tagungsplan aufgestellt gemeinsam mit anderen Spitzenverbänden, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Verein deutscher Ingenieure, wodurch die zeitliche Inanspruchnahme der führenden Persönlichkeiten stark eingeschränkt werden konnte. Wundern muß man sich nur, mit welcher Überheblichkeit trotz der bisherigen Arbeitsüberlastung die Weisheiten der „Wirtschaftsführer“ und ihrer Synodii immer verkündet wurden, um in allen Geschäftsberichten, auf allen Tagungen wiederzulehren.

Erst kürzlich hat der Hanabund, wohl eine der überflüssigsten Unternehmerorganisationen, auf seiner „Präsidialtagung“ es allen Ernstes als unerhört bezeichnet, daß auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß der Gedanke der Wirtschaftsdemokratie vertreten worden sei. Dieses Verlangen der Arbeiterschaft, auch in ihrem Arbeitsverhältnis nicht länger mehr Unrecht zu sein, bezeichnet der Hanabund „als das Verlangen nach einem mit keinerlei Mitbeteiligung verbundenen Mitbestimmungsrecht“. Die Arbeiter, die „nur“ das Risiko tragen, arbeits- und heillos zu werden, die „nur“ durch Berufsunfälle, Berufskrankheiten, Überanstrengung und Unterernährung bedroht sind, werden sich ihr Mitbestimmungsrecht zu erkämpfen wissen, trotz dieser Sandgebirge des Hanabundes.

Als Antermodell der Vereinfachung wird der im Dezember dieses Jahres gegründete „Anfahnd-Ausschuß der Deutschen Industrie“ bezeichnet, in dem der Reichsverband der Deutschen Industrie, der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Preisverband des deutschen Groß- und Wapenhandels, der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankgewerbes und der Deutsch-Russische Verein zusammengeschlossen sind. Eine ähnliche Zusammenfassung ist auch im Deutschen Ausstellung- und Messeamt erfolgt, dem mit Ausnahme der Bankenorganisation, die nichts auszu-

stellen hat, die obengenannten Organisationen und noch die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des deutschen Handwerks und der Deutsche Landwirtschaftsrat angehören. Selbstverständlichkeiten, wie Fühlungnahme verwandter Organisationen bei Aufstellung des Tagungsplans, Rücksichtnahme auf bestimmte, regelmäßig am gleichen Platz wiederkehrende große Veranstaltungen (Leipziger Messe usw.), hätten eigentlich längst organisiert sein müssen. Aberhaupt soll jetzt die Zahl der Sitzungen, an denen die führenden Verbandsgeschäftsführer teilnehmen müssen, dergestalt beschränkt werden, daß in der Woche mindestens zwei Tage völlig sitzungsfrei bleiben, damit genügend Zeit für die Erledigung der geschäftlichen Arbeiten bleibt.

Zum zweiten Punkt wird folgende Erläuterung gegeben: Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft wollen sich nicht irgendwelchen moralischen Verpflichtungen zur Förde-



**Ich sag' es dir: Wer nicht organisiert, ist wie ein Tier auf dürrer Heide, von einem bösen Geist im Kreis herumgeführt, und ringsumher liegt schöne, grüne Weide.**  
Frei nach Goethe (Faust).

rung wirtschaftlicher, kultureller oder Wohlfahrtsangelegenheiten entziehen. In den letzten Jahren seien aber zu viele neue Organisationen auf allen Gebieten gegründet worden. Die damit zusammenhängenden zahllosen Gesuche um Förderung, Werberbesuche, Bitten und Empfehlungsschreiben usw. hätten schwere Störungen der eigentlichen Arbeit mit sich gebracht. In alle Organisationen der Wirtschaft, ebenso an alle Einzelunternehmen und Persönlichkeiten in führender Stellung wird deshalb die Aufforderung gerichtet, den Bitten einzelner Unternehmungen nicht mehr nachzukommen und nicht in die Vorstände und die Komitees einzutreten, auch keine Aufrufe mit Unterschrift zu versehen, keinen überflüssigen Sammelwerken Beiträge zu versprechen oder Empfehlungsschreiben zu erteilen, sondern stets vorher die in Betracht kommenden Vertrauensstellen zu Rate zu ziehen.

Zum dritten Punkt endlich, der mehr Kritik bei der Wahl der Propagandamittel empfiehlt, ist besonders an die Zersplitterung auf dem Gebiete der Fach- und Exportzeit-schriften gedacht, die alle nur leben können, wenn sie reich-schreidige Inserate bekommen. Eine gewisse Besserung gegen-über früheren Zuständen glaubt der Geschäftsführer des Reichsverbandes der deutschen Industrie auf diesem Gebiete schon jetzt feststellen zu können. Sehr im argen aber liegen die Verhältnisse noch bei den sogenannten Propaganda-werken, den Sammelarbeiten und Adressbüchern. Hier wird vorgeschlagen, jede Beteiligung an neu auftauchenden Unternehmungen grundsätzlich abzulehnen, weil genügend zuverlässige Unternehmungen vorhanden sind, die den zu stellenden Aufgaben durchaus gerecht werden. Bei dieser Gelegenheit wird auch amtlichen Stellen des Reiches, der Länder sowie zahlreicher Kommunalverwaltungen der Vor-wurf gemacht, daß sie in zunehmendem Maße dazu über-gegangen sind, ihre amtlichen Blätter mit Anzeigenteilen zu versehen, sogar neue Veröffentlichungen mit Anzeigenteilen herauszubringen usw. Schließlich wird eine sparsame und verständige Ausstellungs- und Messepolitik gefordert. Es ergeht der Ruf an die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, jede Beteiligung an Ausstellungen und Messen abzulehnen, die bis zum Augenblick noch nicht in genauen Plänen vorliegen oder von den als Aussteller in Frage kommenden Verbänden der Wirtschaft nicht gut-geheißen worden sind. Sehr häufig hätten mehrere Aus-stellungen ähnlichen Charakters gleichzeitig stattgefunden, so daß das wirtschaftliche Ergebnis für die Aussteller ent-sprechend gering ausfiel. An die deutschen Stadtgemeinden wird die Aufforderung gerichtet, mit Rücksicht auf diesen Reichsverband überhaupt in der nächsten Zeit von der Errichtung neuer Hallenbauten für Ausstellungen und Messen abzusehen und dafür lieber Wohnungen zu bauen.

Wie sehen also, daß gegen diese Forderungen und Be-schlüsse auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft kaum etwas einzuwenden ist. Es wäre zuviel erwartet, daß der Reichs-verband der deutschen Industrie gegen die Schaffung kost-spieliger Streikfonds, gegen die Bereitstellung großer Mittel

für Wahlzwecke, gegen die Finanzierung rechtspolitischer Aktionen und Verbände und gegen die Subventionierung rechtsradikaler Zeitungen usw. Stellung nimmt, obgleich eine einschichtige Führung der deutschen Industrie gerade auf diesen Gebieten allen Anlaß zur Kritik hätte. Immerhin begrüßen wir es, daß die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft endlich einmal nach eigenen Fehlern zu suchen beginnen.

Julius Fries.

### Gefundungspläne in der Bürstenindustrie.

Nach der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 waren da-mals 7089 Bürsten- und Pinselbetriebe mit 39 829 Personen vorhanden, davon waren 27 442 Arbeiter. 1907 wurden ge-zählt 5731 Betriebe mit 25 962 Personen, darunter 18 750 Arbeiter. Die Zunahme von 1907 bis 1925 beträgt bei den Betrieben 23,7 Prozent, bei den Erwerbstätigen insgesamt 52,6 Prozent und bei den Arbeitern allein 46,4 Prozent. Über den jetzigen Stand gibt es keine Statistik. Die Zahl der Betriebe hat wahrscheinlich nicht abgenommen, ganz be-stimmt aber die der Arbeiter. Die Bürstenindustrie hat schon in der Vorkriegszeit mit vielen Maschinen aller Art gearbeitet, in den letzten Jahren hat ihre Maschinesi-fizierung weitere, und zwar ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Wer heute die Arbeitsfälle einer Bürstenfabrik betritt, sieht Maschinen über Maschinen, da-zwischen die Maschinenarbeiter. Handarbeiter sind eine Seltenheit. Aber nicht nur die Handarbeit ist verdrängt, sondern die menschliche Ar-beitskraft überhaupt. Die Leistungsfähigkeit der verschiedenen Spezialmaschinen ist unterschiedlich. Wahr-scheinlich trifft man das Richtige, wenn man sagt, daß zur Herstellung einer bestimmten Menge Bürsten heute nur halb so viel Arbeiter gebraucht werden wie noch vor einigen Jahren. Wir haben sogar Maschinen, die 20 Ar-beiter ersetzen.

Die Produktionskapazität der Bürstenindustrie ist ge-waltig gestiegen, sie kann aber leider nur zu einem Teil aus-genutzt werden. Verschiedene Betriebe haben heute ebenso-viel Arbeiter wie früher, einige auch mehr, die meisten aber wesentlich weniger. Daß die Betriebe, die heute eine gleich große Belegschaft haben wie früher, eine viel größere Menge Bürsten herstellen, ist selbstverständlich. Was sieht es in dieser Hinsicht in den anderen Betrieben aus? Zweifellos ist in manchen Bürstenfabriken die Belegschaft so stark ver-mindert worden, daß trotz der Inbetriebnahme neuer Maschinen ein Produktionsrückgang eingetreten ist. Aber das sind Ausnahmen. Allgemein kann gesagt werden, daß auch die Betriebe, die heute mit weniger Arbeitern fabri-zieren als früher, eine zum Teil recht wesentliche Pro-duktionssteigerung aufzuweisen haben. Da die Betriebe mit einer Produktionssteigerung die mit einem Produktionsrück-gang weit überwiegen, ergibt sich daraus der Schluß, daß die Bürstenindustrie heute mehr Waren her-stellt und verkauft als in früheren Jahren.

Das wird verschiedentlich bestritten. Der Bürstenindu-strie seien wichtige Absatzgebiete verlorengegangen, infolgedessen müsse auch die Produktion zurückgegangen sein. Im Inland einmal der Absatz an das Heer. Früher, in der Kaiserzeit, wurden alljährlich etwa 300 000 junge Männer zu Soldaten gemacht, und jeder von diesen war verpflichtet, eine Kleider-, eine Haar-, eine Zahn- und verschiedene Schuh-bürsten mit in die Kaserne zu bringen. Diese Absatzgelegen-heit ist heute fast ganz weggefallen. Zweitens hat die Bürste im Staubsauger und im Staub-wischer „Mop“ gefährliche Konkurrenten be-kommen. Die Unternehmerrzeitung „Der Führer“ berichtet, daß die Bürstenhafterer von den Frauen abgewiesen würden mit der Bemerkung: „Bedauere, wir haben jetzt einen Staubsauger gekauft und brauchen daher keine Bürsten.“ Die Zahl der Haushaltungen, die heute einen Staubsauger haben, ist aber noch recht klein, so daß der durch ihn ent-standene Absatzverlust kaum ins Gewicht fällt. Andererseits steht fest, daß der Verbrauch von Geschirrbürsten heute größer ist als früher. Ganz gewaltig ist der Bedarf an Zahnbürsten gestiegen. Aus alledem geht hervor, daß auf dem Inlandmarkt gewisse Verschiebungen in der Nachfragenach den einzelnen Bürsten-sorten eingetreten sind, aber kein Rückgang.

Anders liegen die Verhältnisse auf dem Ausland-markt. Die Ausfuhr von Bürsten und Pinseln ist zu-rückgegangen, aber auch die Einfuhr. 1913 betrug die Ausfuhr 27 915 Doppelzentner, 1927 aber nur noch 24 022 Doppelzentner. Die Einfuhr ging in der gleichen Zeit von 7588 auf 6979 Doppelzentner zurück. Die Gründe, die zu dem Ausfuhrrückgang geführt haben, sind an dieser Stelle wiederholt behandelt worden. In erster Linie sind es die hohen Einfuhrzölle des Auslandes und die erfolgreich vor-dringende Konkurrenz der japanischen und der belgischen Bürstenindustrie.

Der Ausfuhrückgang ist durch die stärkere Nachfrage im Inland aber mehr als wettgemacht worden. Die Bürsten-industrie hat heute also einen größeren Warenabsatz als in der Vorkriegszeit. Wenn sie trotzdem schon seit Jahren nur schwach beschäftigt ist, so erklärt sich das daraus, daß die Produktionskapazität der Betriebe stärker gestiegen ist als die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen. (Was übrigens in den meisten Indu-strien der Fall ist.) Wie kann die Produktionskapazität mit dem Verbrauch in Einklang gebracht werden? Zunächst durch die Förderung des Absatzes. Die Unternehmer wollen in dieser Hinsicht auch etwas unternehmen, nämlich

Propaganda für die Bürstenwaren machen. Natürlich, denn das ist heute die große Mode. Wir lassen uns eine Propaganda für Waren, die in Art und Material dem großen Publikum noch nicht genügend bekannt sind, oder von Firmen für eine bestimmte Ware, gefallen, aber die Bürste als solche braucht keine Propaganda. Jedes Kind kennt sie und ihre Verwendungszwecke. Also lasse man ab von diesem lächerlichen Beginnen. Eine gewisse Absatzsteigerung läßt sich dadurch erreichen, daß die Preise herabgesetzt werden. Allerdings versprechen wir uns davon für den Inlandabsatz auch nicht allzuviel, denn kein Mensch wird mehr Bürsten kaufen, als er gebrauchen kann, seien sie auch noch so billig. Auf dem Weltmarkt würde die deutsche Bürstenindustrie aber dadurch konkurrenzfähiger werden. Hier, besonders in vielen überseeischen Ländern, ist noch ein sehr ausnahmefähiger Markt für Bürstenwaren vorhanden.

Der andere Weg, um zu einem Ausgleich zwischen Produktionskapazität und Verbrauch zu kommen, ist die Stilllegung einer entsprechenden Zahl von Betrieben. Natürlich ist das meistens nur gegen den Willen der davon betroffenen Unternehmer möglich, manchmal ist es für diese aber auch ein willkommener Ausweg aus finanziellen und geschäftlichen Schwierigkeiten. In der Bürstenindustrie sind uns organisierte Betriebsstilllegungen bisher nicht bekanntgeworden, aber anscheinend stehen solche in nächster Zeit bevor.

Nach Zeitungsmeldungen stehen die Firmen Bürstenindustrie A.-G. in Striegau und Lübeck, Bürstenfabrik Penzberger u. Co. A.-G. in München und Bürstenfabrik Emil Kränzlein A.-G. in Erlangen in Verhandlungen über den Zusammenschluß der drei Unternehmungen. Ob die Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden, ist noch ungewiß. Der Zusammenschluß, wenn er perfekt wird, ist nicht aus Expansionsgründen des einen oder des anderen Unternehmens erfolgt, sondern weil es allen dreien finanziell schlecht geht. Wie es mit der Bürstenindustrie A.-G. in Striegau und Lübeck steht, haben wir hier erst kürzlich dargelegt. Das Aktienkapital beträgt 800 000 Mark. Vor einigen Monaten hoffte die Geschäftsleitung, das Betriebsjahr 1927/28 mit einem Gewinn abzuschließen, jetzt ist von einem Verlust die Rede (1926/27 hatte das damals noch nicht fusionierte Unternehmen einen Verlust von 176 474 M.). Die Penzberger A.-G. hatte 1927 bei einem Aktienkapital von 1 380 000 M. einen Verlust von 233 000 M. und die Kränzlein A.-G. bei 2 000 000 M. Aktienkapital einen Verlust von 143 600 M. Am günstigsten liegen zur Zeit des Geschäftsabchlusses 1927/28 die Verhältnisse bei der Kränzlein A.-G. Ob das auch heute noch der Fall ist, wissen wir nicht.

Wenn der Zusammenschluß zustande kommt, werden die Betriebe der drei Gesellschaften, die gegenwärtig noch 670 Arbeiter beschäftigen (gegen 1650 im Jahre 1924), bestimmt in dem heutigen Umfang nicht weitergeführt. Näheres über die Pläne der beteiligten Unternehmer ist aber noch nicht bekannt, sie gehen aber sicher in der Richtung der weiteren Produktionseinschränkung. Auch andere Unternehmer tragen sich mit diesen Gedanken. Wie wir zuverlässig erfahren haben, finden zwischen anderen bekannten Bürstenfabriken seit einiger Zeit gleichfalls ernste Verhandlungen über einen Zusammenschluß statt. Das Ziel ist auch hier: Anpassung der Produktionskapazität an den Verbrauch. Daneben natürlich auch eine gewisse Organisierung der Industrie und damit Verbilligung der Produktion.

### Die Kurzarbeiterunterstützung.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers eine neue Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung erlassen, die vom 30. Oktober 1928 datiert ist und am 18. November in Kraft tritt. Durch die neue Verordnung wird die seither geltende Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 20. Februar 1926 in einigen Punkten verbessert.

Die Kurzarbeiterunterstützung kommt nur in Betracht für gewerbliche Betriebe, in denen regelmäßig mindestens zehn Arbeitnehmer beschäftigt werden. Sie wird gewährt, wenn in einem solchen Betrieb in einer Kalenderwoche mindestens drei volle Tage wegen Arbeitsmangels nicht gearbeitet und der Lohn entsprechend gekürzt wird. Wenn in einer Kalenderwoche voll oder verkürzt gearbeitet, in der folgenden Woche aber gefeiert wird, dann steht der Ausfall von je zwei vollen Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall eines vollen Arbeitstages in der Kalenderwoche gleich.

Die Höhe der Kurzarbeiterunterstützung richtet sich nach der Höhe der Arbeitslosenunterstützung, die dem Arbeiter bei Arbeitslosigkeit zustände. Der Kurzarbeiter erhält einen Tagesatz der Arbeitslosenunterstützung, wenn drei Arbeitstage, zwei Tagesätze, wenn vier und drei Tagesätze, wenn fünf Arbeitstage ausfallen. Hat der Kurzarbeiter zu je zwei vollen Arbeitstagen bis zu zwei Tagesätzen, bei vier ausfallenden Tagen bis zweieinhalb Tagesätzen, und wenn fünf Tage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tagesätzen erhalten. Bei drei und mehr zu je zwei vollen Arbeitstagen bis zu zwei vollen Arbeitstagen bis zu drei und bei fünf ausfallenden Tagen bis zu vier Tagesätzen der Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden. Hat der Kurzarbeiter besondere Beiträge an die Krankenkasse geleistet, um sich die Unterstützung nach der Mitgliederklasse zu sichern,

die dem Kurzlohn zusätzlich der Kurzarbeiterunterstützung entspricht, dann kann seine Unterstützung um den in Betracht kommenden Teil des Krankentagesbeitrages erhöht werden. Doch bedarf es hierzu eines Antrages, der innerhalb zweier Wochen seit Beginn der Kurzarbeiterunterstützung gestellt sein muß. Die gesamte Kurzarbeiterunterstützung nebst Arbeitslohn darf in keinem Fall fünf Sechstel des vollen Arbeitslohnes übersteigen.

Voraussetzung für die Kurzarbeiterunterstützung ist, daß unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei volle Arbeitstage ausgefallen sind. Diese Voraussetzung gilt auch als erfüllt, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens zwei Wochen hintereinander geruht hat. Nur solche Kurzarbeiter können unterstützt werden, welche die Anwartschaftszeit für die Arbeitslosenunterstützung erfüllt haben. Die Unterstützung beginnt frühestens mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Meldung der Kurzarbeit beim Arbeitsamt folgt. Wird die Unterstützung auf mehr als drei Wochen unterbrochen, dann müssen die Wartezeiten neu erfüllt werden. Die Unterstützung wird entzogen, wenn dem Unterstützten andere Arbeit nachgewiesen wird.

Die Anzeige von der Kurzarbeit beim Arbeitsamt muß der Arbeitgeber erstatten. Er kann auch Antrag auf Kurzarbeiterunterstützung stellen, doch ist hierzu auch die Betriebsvertretung oder, wo eine solche nicht besteht, jeder Kurzarbeiter für alle Kurzarbeiter des Betriebs befugt. Das gleiche gilt auch für die Anzeige der Kurzarbeit. Die Auszahlung der Kurzarbeiterunterstützung erfolgt auf Verlangen des Arbeitsamtes durch den Arbeitgeber.

### Genossenschaftliche Wirtschafts-demokratie.

ff. Der Begriff Wirtschaftsdemokratie wird nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung verschwinden, nachdem er auf dem diesjährigen Hamburger Gewerkschaftskongress eine so vollkommene Klärung in der Aussprache und eine Festlegung in der Entschliessung über seine Verwirklichung gefunden hat. Die Wirtschaftsdemokratie marschiert. Sie ist nicht mehr nur eine politische Aufgabe der Arbeiterbewegung, sie ist auch eine gewerkschaftliche geworden. Und man darf sicher sein, daß durch das Zusammenwirken der beiden Heerführer der Arbeiterbewegung eine Kräftekonzentration stattfindet, die das Ziel erreichen wird.

Um so mehr, als in der Entschliessung die tiefe Erkenntnis zum Ausdruck kommt, daß auch die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands einen Weg zum Ziele bildet, welcher bereits mit praktischen Tatsachen „geplastert“ ist. Ist doch an einer Stelle der umfangreichen Entschliessung gesagt:

„Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erblickt in den gewerkschaftlichen Eigenbetrieben, ebenso wie in der Genossenschaftsbewegung einen der Wege zur Demokratisierung des heutigen Wirtschaftssystems und einen der Schritte zur praktischen Durchführung des Sozialismus.“

Die Entschliessung wurde auf dem klassischen Boden der Hamburger Genossenschaftsbewegung gefaßt, wo ragende Zeugen der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsform den Beweis liefern für die praktische Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, die ihren sinnfälligsten Ausdruck findet in dem eigenen Wirtschaftsbesitz der Verbraucher-massen. Denn da ist die weltbekannte „Produktion“, die Gründung des in der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung unvergesslichen Führers v. Elm beheimatet, welche aus dem Nichts den vorbildlichen deutschen Konsumverein mit der größten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für 80 000 bis 90 000 Familien der Hamburger Stadt- und Landrepublik geschaffen hat. Schlächterei, Bäckerei- und Gemischter, landwirtschaftlicher und Wohnungsbaubetrieb und allgemeine Warenversorgung sind in einer glänzenden, genossenschaftlichen Organisation vereinigt und geben tausendfältige Früchte denen, die unter ihrem Baume stehen. Die Hamburger „Produktion“ bildet ein Wahrzeichen für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie, wie es kein anschaulicheres geben kann. Sie ist eine wirtschaftliche Monographie der konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands.

Aber am gleichen Plage ragt noch ein größeres Wahrzeichen praktischer Wirtschaftsdemokratie. Denn da stehen die riesigen Verwaltungsgebäude und Genossenschaftsfabriken der Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, welche die konzentrierte Wirtschaftskraft von 1000 deutschen Konsumgenossenschaften umfaßt. Und es ist nur ein kleiner Teil wirtschaftsdemokratischer Eigenbesitzes, der in Hamburg domiziliert, da seine 30 Fabriken und Veredelungsbetriebe mit 14 riesigen Zentrallagern über die großen deutschen Wirtschaftszentren verteilt sind, um rationalisierte Warenproduktion auf der Grundlage zentralisierter Warenversorgung zu betreiben. Von der Finanz- und Wirtschaftskraft des größten deutschen Handelsunternehmens, das den Konsumgenossenschaften gehört, zeugt am besten der bekannte Neubau der größten Fleischwarenfabrik Deutschlands in Oldenburg mit einem Millionenumsatz an Fleisch- und Würstwaren aus eigenem Wirtschaftsbetrieb.

Diese Großeinkaufs-Gesellschaft bildet die Spitze der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsunternehmungen im einzelnen und welche Wirtschafts- und Finanzkraft den „Habenichtsen“ von Lohn- und Gehaltsempfängern innewohnt, zeigt am besten die Tatsache ihrer Entwicklung aus kleinsten An-

fängen. Denn aller Anfang ist schwer. Auch der Anfang der Wirtschaftsdemokratie. Vor etwa 30 Jahren hat die Warenzentrale der deutschen Konsumgenossenschaften mit einem Jahresumsatz von ein paar Millionen Mark angefangen; 1927 betrug er 373 Millionen Mark, und er wird 1928 nur wenig hinter der halben Milliarde zurückbleiben. Von dem Umsatz entfallen auf die Produktion in eigenen Genossenschaftsfabriken etwa 70 bis 80 Millionen Mark, und eine eigene Bankunternehmung mit einem jährlichen Geldverkehr von über 2½ Milliarden Mark sorgt für die eigene finanzielle Unabhängigkeit wie für die der 1000 angeschlossenen Konsumgenossenschaften vom kapitalistischen Geldmarkt.

So demonstriert die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine als Spitze der wirtschaftlichen Gesamtbewegung konzentrierteste Wirtschaftsdemokratie und bildet den unumstößlichen Beweis ihrer Verwirklichungsmöglichkeit. Hat dies doch schon ein Karl Marx gesehen, als er angesichts der Entwicklung der englischen Genossenschaftsbewegung mit ihren eigenen Produktionsunternehmungen den Genfer Kongress (1863) der ersten Arbeiterinternationale u. a. den Satz beschließen ließ:

„Wir anerkennen die Genossenschaftsbewegung als eine der Triebkräfte zur Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaft, welche auf Klassengegensätzen beruht. Ihr großes Verdienst besteht darin, praktisch zu zeigen, daß das bestehende verarmende und despotische System der Unterjochung der Arbeit unter das Kapital aufgehoben werden kann durch das wohlstandserzeugende und republikanische System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten.“

Ein Seher der Wirtschaftsdemokratie vor 65 Jahren. Welch kurze Spanne Zeit, wenn man bedenkt, daß heute die englische Genossenschaftsbewegung die wirtschaftliche Grundlage der früheren und künftigen Arbeiterregierungen bilden wird, deren Führer MacDonald u. a. wissen, daß die Genossenschaftsbewegung, aus der sie zum großen Teil hervorgegangen sind, die stärkste Stütze und Grundlage der Wirtschaftsdemokratie bildet.

Diese Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Bewegung für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie als Wirtschaftsbesitz der Massen enthält aber auch, und insbesondere im Hinblick auf die Entschliessung des Hamburger Gewerkschaftskongresses, die verpflichtende Mahnung zur grundsätzlichen und praktischen Förderung der Konsumgenossenschaften als Pioniere der demokratischen Wirtschaftsform.

### Kapitalerhöhung bei der Dewog.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Dewog, Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, die am 26. Oktober 1928 im Bundeshaus des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin tagte, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 400 000 Mark auf 1 Million Mark. Die neuen Aktien werden zum größten Teil von den alten Aktionären, insbesondere dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AFA) und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund (ADB) und den ihnen angeschlossenen Verbänden übernommen. Der Rest wird von einigen örtlichen Gewerkschaftsverbänden eingezahlt.

Im Vorbericht teilte der Vorstand mit, daß die Konzentration in der Dewog-Bewegung weiter fortgeschritten ist. Die Kapitalmehrheit bei den meisten Tochtergesellschaften befindet sich in den Händen der Dewog, wodurch die kraftvolle Zusammenfassung aller freigewerkschaftlichen Wohnungsfürsorgeorganisationen möglich wird. Weiterhin wurden in Hamburg und Breslau eigene Zweigstellen der Dewog gegründet. In Hamburg werden demnächst annähernd 2500 Wohnungen erstellt sein, während in Breslau auch bereits 600 Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung geschaffen werden konnten. Die finanzielle Lage der Dewog ist weiterhin gut. Die Dividende wird auch im nächsten Jahre ordnungsgemäß ausbezahlt werden.

### Die allgemeinverbindlichen Tarifverträge.

Nach einer Aufstellung des Reichsarbeitsministeriums, die in Nummer 30 des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlicht wird, hat die Zahl der allgemeinverbindlichen Tarifverträge im dritten Vierteljahr eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Nach dieser Aufstellung gab es an allgemeinverbindlichen Tarifverträgen:

	Ende Juni	Ende Sept.
Ortsstarifverträge	1628	1928
Bezirksstarifverträge	409	446
Reichstarifverträge	1164	1230
	81	80
Zusammen	1654	1756

In dieser Übersicht erscheint die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe Ende September mit 5 (Ende Juni 5) Orts- und 68 (61) Bezirksstarifverträgen. Allgemeinverbindliche Reichstarifverträge sind hier nicht verzeichnet. Die Musikinstrumentenindustrie wird nur mit Bezirksstarifverträgen aufgeführt, deren es Ende Juni 7, Ende September 9 gab.

In diesen Zahlen sind auch die Tarifverträge der Angestellten enthalten. Deren Zahl stieg von 746 Ende Juni auf 776 Ende September. In der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe wurden Ende September 9 (Ende Juni 10), in der Musikinstrumentenindustrie 4 (2) allgemeinverbindliche Tarifverträge gezählt. Aber die Zahl der den Tarifverträgen unterstehenden Arbeiter, die für die Beurteilung der Bedeutung der Tarifverträge von Wichtigkeit ist, sagt diese Statistik allerdings nichts.



# Aus dem Verbandsleben



## Lehrlingsverhältnisse im Gau Hannover.

In den Innungen zerbricht man sich schon tüchtig den Kopf über die schwierige Frage, wie dem Lehrmangel abzuwehren sei, der sich als Auswirkung des Geburtenrückganges in der Kriegszeit demnächst zeigen und größeren Umfang annehmen wird. Man erörtert die Auslobung von Prämien für die jungen Leute, die fleißig und folgsam ihre Lehrzeit aushalten. Wir möchten bezweifeln, daß sich dieses Mittel als wirksam erweist. Vier Jahre Lehrzeit bei einem wöchentlichen Kostgeld von 50 Pf. bis 4 Mk., das erscheint nicht sonderlich begehrenswert für die Eltern, die ihrer Sohn in dieser Zeit den vollen Unterhalt gewähren müssen. Wenn man dann noch feststellen muß, daß 56 Prozent der Lehrlinge sofort nach Beendigung der Lehrzeit entlassen werden. Dann werden die Meister schon nach wirksameren Mitteln suchen müssen, um dem Lehrmangel zu steuern.

Dazu kommt, daß die nach den alten Methoden ausgebildeten Lehrlinge in der Industrie nicht fortkommen. Der Lehrling soll eben nicht nur das Ausbeutungsobjekt sein. Die Handwerkskammern müssen sich mit den Organisationen der Industriellen über eine vernünftige Lehrmethode verständigen. Sie müssen auch dem Unterricht in der Berufsschule die nötige Bedeutung beimessen und nicht, wie es jetzt öfters geschieht, den Lehrling, der zur Schule geht, schikanieren und ihm die lumpigen Pfennige für die durch den Schulbesuch veräumte Arbeitszeit von dem armseligen Kostgeld abziehen. Auch will es vielen Meistern noch nicht in den Kopf, daß sie den Lehrlingen Ferien gewähren müssen. Nicht selten muß wegen der Erfüllung dieser tariflichen Verpflichtung geklagt werden.

Wir haben eine Umfrage über die Lage der Lehrlinge im Gau Hannover veranstaltet, wobei die ausgegebenen Fragebogen von 50 Verwaltungsstellen beantwortet wurden. In diesen Orten gibt es 1561 Tischlermeister mit 5320 Gesellen und 2822 Lehrlingen. Unter den erfaßten Betrieben befinden sich 365 Betriebe mit 1 Lehrling

324	"	"	2	Lehrlingen
268	"	"	3	"
192	"	"	4	"
70	"	"	über 4	Lehrlingen

Kost und Logis beim Meister haben noch 272 Lehrlinge, alle übrigen werden mit einem geringen Kostgeld, das man nur als Trinkgeld bezeichnen kann, abgefunden. Es schwankt im ersten Lehrjahre zwischen 50 Pf. und 3 Mk. wöchentlich, im 2. Jahre schwankt die Vergütung zwischen 1 und 4 Mk., im 3. Jahre zwischen 3 und 6 Mk. und im 4. Jahre zwischen 4 und 8 Mk. Die Entschädigung von 8 Mk. bildet aber eine Ausnahme. Dagegen kommt es vor, daß einige Meister von den armen Arbeitereltern für die Ausbildung ihrer Söhne noch ein Lehrgeld von 50 bis 100 Mk. verlangen.

Eine Ausnahme bilden die Industriebetriebe im östlichen Westfalen. Dort wird dem Lehrling ein Stundenlohn von 10 Pf. im ersten, 15 Pf. im zweiten, 25 Pf. im dritten und 35 Pf. im vierten Lehrjahre gezahlt. Hier werden die Lehrlinge nicht nur besser bezahlt, sondern auch weit besser für ihren späteren Beruf ausgebildet als bei den Kleinmeistern mit ihren rückwärtigen Lehrmethoden.

Aus 26 Verwaltungsstellen wurde berichtet, daß die Lehrlinge in vielen Fällen noch zu häuslichen Arbeiten herangezogen werden. Und das angesichts der Klagen der Innungen und der Handwerkskammer über die kurze Lehrzeit! Unsere Kollegen in den Gesellenausschüssen der Innungen und der Handwerkskammer sollten diesen Dingen ihre Aufmerksamkeit widmen und gegen eine Verlängerung der Lehrzeit ganz energisch protestieren.

Schlamm sieht es mit der Versorgung der Lehrlinge mit Werkzeug und Hobelbänken aus. Wird doch in 217 Fällen gemeldet, daß dem Lehrling weder Hobelbank noch Werkzeug zur Verfügung steht. Daß es diesen Jungen schwer wird, sich in der Handhabung des Werkzeuges zu üben, wenn sie keine in die Finger bekommen, ist selbstverständlich. Daß solche jungen Leute nach vierjähriger Lehrzeit den festgesetzten Tariflohn noch nicht verdienen können, ist erklärlich.

Unter Verband hat es sich von jeher zur Aufgabe gemacht, die jungen Leute in ihrem fachlichen Können durch Abendkurse, Fachzeitschriften und gemeinverständliche Artikel weiterzubilden. Leider haben nicht alle Meister für diese Einrichtungen das rechte Verständnis gezeigt; denn die Frage, ob den jungen Leuten durch die Zugehörigkeit zum Holzarbeiter-Verband Schwierigkeiten bereitet werden, wurde in 279 Fällen mit „Ja“ beantwortet.

Wie wenig den Meistern daran liegt, einen tüchtigen Nachwuchs heranzubilden, erhellt aus der Tatsache, daß von 706 Ausfertigungen 26 gleich 3,6 Prozent sofort entlassen wurden. Die Meister können sich den Teufel darum, was aus diesen jungen Leuten wird, wenn sie in den vier Jahren nur billige Kasse-Angehörige gehabt haben. Aus 49 Verwaltungsstellen wird gemeldet, daß die Lehrlinge an den Maschinen arbeiten müssen, und daß bei dieser gefährlichen Arbeit 15 von ihnen schon ihre geliebten Glieder verloren haben.

Die gefährlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit finden vielfach keine Beachtung. Aus 15 Verwaltungsstellen wird berichtet, daß die übliche Arbeitszeit der Lehrlinge 8 Stunden beträgt. Aus 16 Verwaltungsstellen werden als übliche Ar-

beitszeit 9 Stunden, aus 13 Orten 10 Stunden berichtet. In 3 Orten arbeiten die Lehrlinge 10 bis 12 Stunden und in 3 weiteren Orten über 12 Stunden. Die Ergebnisse unserer Erhebung zwingen uns, an unsere Kollegen überall die dringende Mahnung zu richten, sich der Jugend und besonders der Lehrlinge anzunehmen. Noch besitzen die Lehrmeister das Prügelrecht, und es gibt unter ihnen sadistische Naturen, die von diesem üblen Recht einen ausgiebigen Gebrauch

hatte mit diesem Lad schwarze Kasten und Fronten eingestrichen und mit Petroleum geschliffen. Die Folge waren Kopfschmerz, Übelkeit, Durstgefühl, Schweißausbruch, Appetitlosigkeit. Dagegen hatten sich Etzeme nicht gebildet. Hierzu sagt das Reichsgesundheitsamt:

„Die Analyse der gleichzeitig übersandten Ladprobe ergab einen Gehalt von etwa 18 Prozent Amlylnitrit sowie die Anwesenheit von Amlylalkohol, wodurch das Auftreten der geschilderten Symptome (Kopfschmerzen, Übelkeit, Schweißausbruch usw.) seine Erklärung finden dürfte.“

Auch hier wäre die Feststellung, ob es sich um typische Amlylnitritwirkungen (Blutandrang nach dem Kopf, Klopfen in den Schläfen u. dgl.) entsprechend den beobachteten Beschwerden handelt, von Interesse. Gegebenenfalls wäre ich für eine diesbezügliche weitere Mitteilung dankbar.“

Gestützt auf dieses Gutachten des Reichsgesundheitsamtes, wird unser Verband die Sache nun weiter verfolgen. Dabei wird das Augenmerk darauf zu richten sein, gewerbe-polizeiliche Anordnungen zu erlangen, welche die Verwendung solcher giftigen Präparate verhindern. Wir behalten uns vor, zu gegebener Zeit auf diesen Gegenstand zurückzukommen, benutzen aber die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit auf solche und ähnliche Erscheinungen zu lenken, mit der Bitte, den Verbandsvorstand von den gemachten Beobachtungen zu unterrichten.

## Neue Lohnabkommen in Bremen.

Die Lohnbewegung der Stellmacher führte zu einer Vereinbarung, nach welcher der Lohn der Kastenmacher von 118 auf 124 Pf., der der Stellmacher über 22 Jahre von 108 auf 112 Pf. erhöht wird. Der Lohn der Stellmacher zwischen 20 und 22 Jahren wurde auf 102 Pf., der unter 20 Jahren auf 90 Pf. festgesetzt. — Für die Zigarettenindustrie wurde eine Lohnerhöhung erzielt, die sofort 2 Pf., ab 1. Januar 1929 weitere 2 Pf. beträgt. — In der Packlistenindustrie wurde vereinbart, daß der Lohn der Facharbeiter und der Angelernten sofort um 3 Pf., ab 1. Januar um weitere 2 Pf. erhöht wird. Der Spitzenlohn steigt damit auf 95 Pf. Die Löhne der Hilfsarbeiter und der Jugendlichen werden sofort um 4 Pf. und ab 1. Januar um weitere 3 Pf. erhöht.

## Kistenmacher in Magdeburg.

Nach einem mehrwöchigen Streik wurde mit dem Wirtschaftsverband Mittelelbe eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Löhne in den Magdeburger Kistenfabriken in der Spitze um 4 Pf. erhöht werden. Damit steigt der Lohn der Maschinenarbeiter auf 73 Pf., der Hilfsarbeiter auf 64 Pf.

## Tarifvertrag für das östliche Westfalen.

Die am 28. Februar 1928 abgeschlossene Lohnvereinbarung für das östliche Westfalen ist bereits am 23. Juni mit Rückwirkung vom 1. Mai an für allgemein verbindlich erklärt worden. Doch beschränkt sich die Verbindlichkeit auf die Kreise Herford, Minden und Melle. Die Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit auf den gleichfalls zu dem Vertragsgebiet gehörigen Kreis Lübbecke war vorbehalten geblieben. Sie ist nun nachgeholt. Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums vom 29. Oktober ist die allgemeine Verbindlichkeit des Lohnabkommens mit Wirkung vom 1. November auch auf den Kreis Lübbecke ausgedehnt.

## Mobeltischler in Hamburg.

Das Lohnabkommen für die Hamburger Mobeltischler war am 30. September abgelaufen. Nach vorausgegangenem Verhandlungen wurde am 24. Oktober mit der Vereinigung der Mobeltischlereien von Hamburg-Altona und Umgegend eine Vereinbarung getroffen, nach welcher der Lohn für Mobeltischler und Drechsler im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 90 Pf. beträgt; er steigt im zweiten auf 108, im dritten auf 123 Pf. und beträgt nachdem 120 bis 145 Pf. Das Abkommen gilt bis 1. Juni 1929.

## Ein Lohnabkommen in Martneufkirchen.

In der Signalinstrumentenfabrik Max E. Martin, die etwa 80 Arbeiter beschäftigt, bestand bisher keinerlei tarifliche Vereinbarung. Die Firma lehnte auch jede Verhandlung mit unserem Verband ab. Vor dem Schlichtungsausschuß kam es aber dann doch zu einer Verständigung. Der Lohn betrug bisher etwa 80 Pf., in Alford wurden im Durchschnitt 68 Pf. verdient. Durch das neue Abkommen wird der Mindestlohn für gelernte Musikinstrumentenarbeiter in der Spitze auf 69 Pf. festgelegt. Die Alford-Löhne sind so bemessen, daß bei durchschnittlicher Leistung 15 Prozent über den höchsten Zeitlohn verdient werden. Das Abkommen ist am 1. November in Kraft getreten und kann erstmalig zum 1. April 1929 gekündigt werden.

Mit Lohman'schen Minnere ist der 46. Wofanbauung fällig



Christian Leggus.  
Langjähriger Funktionär,  
seit 1908 Bevollmächtigter der  
Verwaltungsstelle Wöppingen.



Gottfried Kinkel.  
Mitbegründer und langjähriger  
Funktionär der Verwaltungsstelle  
Wöppingen.



machen. Wurden uns doch allein im letzten Jahre acht Fälle grober Mißhandlung von Lehrlingen gemeldet. Die Lehrlinge von heute sind unsere Kollegen von morgen. Ziehen wir die Jugend an uns heran, vereinigen wir sie in Jugendgruppen und erziehen wir sie im Geiste der Solidarität. Das ist eine dankbare Aufgabe, an der wir alle mitarbeiten müssen. A. S.

## Östliche Beizen und Lade.

Zu dem Kampfe gegen Unfallgefahren und Gesundheits-schädigungen, den unser Verband unter steigender Teilnahme der Kollegenschaft führt, gehört es auch, daß er auffälligen Krankheitserscheinungen nachgeht, sofern anzunehmen ist, daß es sich um Schädigungen handelt, die durch die Berufstätigkeit hervorgerufen wurden. Besondere Aufmerksamkeit wird hierbei auch Beizen und Laden gewidmet, die oft unter allerlei Phantasienamen in den Handel gebracht werden. Mitunter enthalten diese Präparate stark wirkende Gifte, ohne daß diese Tatsache dem Unternehmer oder den Arbeitern bekannt ist. Um das einschlägige Material zu sammeln, gibt unser Verband, ähnlich wie bei vorkommenden Unfällen, Fragebogen heraus.

Auf diesem Wege erhalten wir Kenntnis von einem Fall, wo ein Beizer infolge von Etzemen, die sich an beiden Händen gebildet hatten, zehn Wochen lang arbeitsunfähig und in ärztlicher Behandlung war. Das war im vorigen Jahre. In diesem Jahre wiederholte sich die Sache, und der Kollege ist schon mehr als drei Monate in ärztlicher Behandlung. Der Kollege war in einer Berliner Möbelfabrik beschäftigt und hat Vor- und Nachbeizen ausgeführt mit einer Säurebeize, die als „Pyrogallol“ bezeichnet wird. Es handelt sich um ein weißes, leichtes Pulver, das bei der Lösung eine fast wasserhelle Flüssigkeit ergibt. Zum Auftragen soll ein Pinsel benutzt werden, doch verwendet man zu dem Zweck häufig Lappen, wobei natürlich die Hände in innige Berührung mit der Flüssigkeit kommen.

Durch Vermittlung der gewerbehygienischen Abteilung beim Vorstand des ADGB. wandte sich unser Verband mit einer Probe der Beizflüssigkeit an das Reichsgesundheitsamt. Dieses hat sich darüber folgendermaßen geäußert:

„Die mit Schreiben vom 4. Oktober 1928 übersandte Probe einer Möbelbeize stellt gemäß der im Reichsgesundheitsamt ausgeführten Analyse eine ammoniakalische Kupferjodatlösung dar. Pyrogallol war darin nicht nachzuweisen. Als Ursache dieses Etzemes könnte hiernach der Ammoniakgehalt der untersuchten Beize in Frage kommen.“

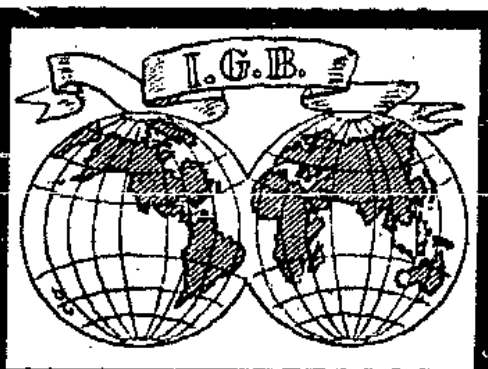
Es erscheint aber auch sehr wohl möglich, daß es sich hier nur um eine Borbeize handelt und eine reduzierende alkalische Pyrogallollösung als Nachbeize benutzt wird und gegebenenfalls als die eigentliche Ursache der Hauterkrankung anzusprechen ist. Es wäre daher vielleicht empfehlenswert, Nachforschungen nach dieser Richtung anzustellen.“

Gleichzeitig war dem Reichsgesundheitsamt eine Ladprobe zur Prüfung übergeben worden. In diesem Fall handelte es sich um den Beizer in einer Pianofabrik. Er





# Gewerkschaftsbewegung



## Die Führung im Lohnkampf.

Die Aussperrung in der nordwestdeutschen Metallindustrie ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine rein wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen Unternehmen und Arbeitern lediglich ihres Umfangs wegen zu einer wichtigen politischen Angelegenheit wird. Streitigkeiten gleicher Art sind eine fast alltägliche Erscheinung. Man betrachtet aber Streiks und Aussperrungen als eine Angelegenheit der Beteiligten. Außenstehende mischen sich nicht hinein, es sei denn, die öffentlichen Schlichtungsorgane oder sonstige Personen, die durch ihre Amtsstellung berufen sind, zwischen den streitenden Parteien zu vermitteln.

In dem Fall der nordwestdeutschen Metallindustrie ist die Sachlage insofern kompliziert, als ein verbindlich erklärter Schiedsspruch vorliegt, der nach geltendem Recht die Bedeutung eines Tarifvertrages hat. Würde sich der Kampf in kleinerem Maßstabe abspielen, dann wäre der Bruch dieses Tarifvertrages eine reine Rechtsfrage, die von der Arbeitsgerichtsbarkeit zu entscheiden ist. Bei Tarifbruch ist der schuldige Teil dem anderen zum Schadenersatz verpflichtet. Im arbeitsgerichtlichen Verfahren würde sich zeigen, daß der tarifbrüchige Unternehmer sich in einer weit günstigeren Lage befindet, als der tarifbrüchige Arbeiter. Man würde ein praktisches Beispiel für die bekannte Tatsache haben, daß trotz formeller Rechtsgleichheit der Arbeiter minderen Rechts ist als der Unternehmer. Aber bei alledem bliebe, wenn sich der Streit in kleinerem Maßstabe abspielen würde, die Sache ein Rechtsstreit, den wohl die Gesamtheit der Unternehmer- und der Arbeiterorganisationen mit lebhaftem Interesse verfolgt, der aber trotzdem unmittelbar nur von den direkt beteiligten Organisationen ausgetragen wird.

Die politische Bedeutung des Konfliktes in der nordwestdeutschen Metallindustrie hängt auf das engste zusammen mit seinem Umfang. Die Aussperrung trotz des verbindlichen Schiedspruches wäre auch in kleinerem Umfang ein Rechtsbruch, durch die große Zahl der Betroffenen wird sie zu einem hochpolitischen Akt, zu einer Auflehnung des Unternehmertums gegen die Staatsgewalt.

Damit ist aber die politische Bedeutung der Massenaussperrung nicht erschöpft. Die erzwungene Arbeitsruhe von einer Viertelmillion Arbeiter auf einem verhältnismäßig engen Raum muß notwendig weitere Kreise ziehen, muß zur Betriebseinschränkung und Stilllegung in anderen Industriezweigen führen. Sowohl die Lieferanten der Rohstoffe, besonders der Kohlenbergbau, sowie die Abnehmer der Erzeugnisse der aussperrenden Industrie werden betroffen. Die Wirkung beschränkt sich nicht auf die unmittelbar beteiligten Arbeiter, das ganze Wirtschaftsleben in dem betroffenen Gebiet stockt. Handel und Gewerbe sind auf den Verbrauch der Arbeitermassen eingerichtet, deren Konsum infolge der Verdienstslosigkeit auf das äußerste eingeschränkt ist. Die Steuereingänge der Gemeinden verringern sich, zugleich aber schwellen ihre Armentafeln so gewaltig an, daß sie aus den vorgelegenen Quellen nicht gedeckt werden können. Daß die Ansammlung großer Massen Arbeitsloser von der Staatsgewalt an sich schon als eine Gefahr für die öffentliche Ordnung empfunden und deshalb nach Möglichkeit zu verhüten getrachtet wird, sei nur nebenbei erwähnt.

Der große Umfang des Kampfes hat ihn also aus der Sphäre der wirtschaftlichen Auseinandersetzung herausgehoben und zu einer wichtigen politischen Aktion gemacht. Es ist zu einer Notwendigkeit geworden, daß sich die Parlamente mit der Angelegenheit beschäftigen. Die politischen Parteien müssen Stellung nehmen und Schlußfolgerungen aus den Vorgängen ziehen. Bei alledem bleibt aber die unmittelbare Führung des Kampfes auf Seiten der Arbeiter eine Aufgabe der beteiligten Gewerkschaften. Auf den Führern der Gewerkschaften lastet eine große Verantwortung. Sie haben aber auch die erforderliche Erfahrung, um jederzeit die Maßnahmen treffen zu können, die der Augenblick erfordert. Der Versuch Außenstehender, mögen sie auch noch so großen Respekt vor den eigenen politischen Fähigkeiten haben, einen bestimmenden Einfluß auf die Kampfleitung auszuüben, muß im Interesse der Sache, vor allem aber auch im Interesse der ausgesperrten Arbeiter entschieden zurückgewiesen werden.

Die kommunistische Partei bleibt auch bei diesem großen Ringen in Deutschland ihrem Grundsatze treu, die Gewerkschaftsarbeit zu schädigen. Entsprechend dem vom Zentralkomitee der KPD. ausgesprochenen Richtlinien wird auch hier gehandelt. Der Wirtschaftskampf muß die Basis für die Entwicklung politischer Kämpfe abgeben. Deshalb muß die kommunistische Partei die leitende Rolle während des Kampfes die Front vor allem gegen die Gewerkschaften nehmen. Unter dem politischen Vorwand, für den der Wirtschaftskampf die Grundlage abgeben soll, verstehen die kommunistischen Verweisslungsanstalten, Parteiführer und ähnliche Akteure, die notwendig mit einer Niederlage der Arbeiter enden und für die Beteiligten die schwersten Folgen zeitigen müssen. Die Geschichte der letzten zehn Jahre bietet hierfür zahlreiche Beispiele.

Gewerkschaftlich geschulte Arbeiter lassen sich zu den kommunistischen Vordrängern nicht mißbrauchen. Aber die Unorganisierten, die vermutlich in der Schwerkmetallindustrie noch in erheblicher Zahl vorhanden sind, direkten geeignete Objekte für die kommunistischen Exerzitionen sein. Diese selbsttätigen Elemente, die nur ernten wollen, wo andere gesät haben, sind sonst gute Hilfspolizisten der Unternehmer, sie bilden das Material, aus dem Werkvereine und ähnliche Gebilde geschaffen werden. Nun sind sie gleichfalls aufs Pflaster gesetzt, und da werden sie wild. Sie begeistern sich an blutrünstigen Redensarten und füllen die Kadres der kommunistischen Armee, mit der die Gewerkschaften totgeschlagen werden sollen. Begeistert berichtet die kommunistische Presse von den in verschiedenen Städten im Kampfgebiet gebildeten Streikleitungen, die sich aus Kommunisten und Unorganisierten zusammensetzen.

In einem großen Aufruf an der Spitze der „Roten Fahne“ vom 8. November, mit der Überschrift: „Mobilisiert die Partei!“ heißt es im Fettdruck:

„Die kommunistische Internationale stellt darum an die Kommunisten als eine ihrer führenden Hauptaufgaben die Vorbereitung, Auslösung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe, auch gegen den Willen der Reformisten. Zu diesem Zweck wird die Mobilisierung der ganzen Partei mit allen ihren Kräften für die revolutionäre Gewerkschaftsarbeit und die Wirtschaftskämpfe gefordert. Die Partei muß eine führende Rolle in jedem Wirtschaftskampf der Arbeiter erobern, sie muß in jedem einzelnen Streit mit den Reformisten um den entscheidenden Einfluß auf die Massen ringen.“

Das ist eine offene Kriegserklärung an die Gewerkschaften, nachdem die Feindseligkeiten durch das Treiben der Kommunisten im Kampfgebiet bereits eröffnet sind. Das schönste ist, daß der Aufruf in der „Roten Fahne“ als Unterüberschrift den Satz trägt: „Für die Bildung der revolutionären Einheitsfront“; das Wort „Einheitsfront“ kommt übrigens in dem Aufruf noch öfter vor. Die Kommunisten bilden die „Einheitsfront“ mit den Unorganisierten, den Weibern, den Wirtschaftsfreiblehigen. Mit den asozialen Elementen, die sich mit Vergnügen dem Meistbietenden verkaufen, heute den „revolutionären“ Reden kommunistischer Agitatoren begeistert Beifall zollen, um morgen Streikbrecherdienste zu leisten und von den Unternehmern als „nützliches Element“ gefeiert zu werden.

Das Spiel der Kommunisten im Aussperrungsgebiet ist eine bewußte Schädigung der Interessen der Arbeiterschaft. Die unmittelbare Führung des Wirtschaftskampfes muß unter allen Umständen in den Händen der Gewerkschaften bleiben, auch dann, wenn der Kampf, wie hier, von großer politischer Bedeutung ist. Der Kampf muß einheitlich geführt werden; deshalb haben auch die verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen ihre Gegensätze zurückgestellt, um nach einheitlichem Plan zu arbeiten. Den politischen Parteien kann ein Einfluß auf die Streikleitung nicht eingeräumt werden, am allerwenigsten den Kommunisten, diesen bewährten Organisatoren von Niederlagen der Arbeiterschaft. Aus der planmäßigen Quertreibung der Kommunisten müssen aber die Gewerkschaften die gebotenen Konsequenzen ziehen.

## Kommunistische Streitstrategie.

Wie die Kommunisten die Hauptaufgabe, die sie sich gestellt haben, nämlich die Vorbereitung, Auslösung und Durchführung der Wirtschaftskämpfe, auch gegen den Willen der Reformisten“ praktisch durchführen, das haben sie bei dem Streit der Arbeiter beim Untergrundbahnbau in Berlin vorbildlich bewiesen. Sie hatten dazu um so besser Gelegenheit, als die „Reformisten“, nämlich die Gewerkschaften, ihnen völlig freie Hand ließen. Deren Passivität bei dem wilden Streit ergab sich schon daraus, daß sie mit den Unternehmern im Vertragsverhältnis stehen, die Beteiligung an dem Streit also Vertragsbruch gewesen wäre.

Der Bau der Untergrundbahn ist als Notstandsarbeit anerkannt. Für die dabei beschäftigten Arbeiter gelten die tariflichen Arbeitsbedingungen, die von den Verbänden des Baugewerbes erklämpft worden sind. Die Arbeiter am Bahnbau sind zum größten Teil unorganisiert und wohl deshalb ganz besonders geeignet, sich von kommunistischen Schreihälsen mißbrauchen zu lassen. Der Streit begann Mitte September an einer Baustelle, wo die Arbeiter eine Teuerungszulage von 25 M. wöchentlich verlangten, das macht pro Stunde etwa 53 Pf. Der Streit breitete sich schnell auch auf andere Baustellen aus und umfaßte nach den Berichten der „Roten Fahne“ auf seinem Höhepunkt über 300 Arbeiter. Es wurde eine Zentralkomitee gewählt, welche nach einem Bericht der „Roten Fahne“ vom 30. September den Streit führte: „Gegen den Raub des Streikrechts und der Reaktionsfreiheit, gegen die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen, für menschenwürdigeren Arbeitsbedingungen, für 30 Pf. Lohnerhöhung.“ Die Lohnforderung war also sehr stark reduziert worden. Dabei berührt es besonders komisch, daß die Unorganisierten an die

Spitze ihrer Forderungen das Verlangen nach Koalitionsfreiheit stellten.

Der Streit nahm den Verlauf, den jeder nur einigermaßen erfahrene Gewerkschafter vorausgesehen hat. In der „Roten Fahne“ wurde fleißig die Werbetrommel gerührt. Man hätte es dort sehr gern gesehen, wenn die so arg verlästerten „Reformisten“ sich der Sache angenommen hätten. Dann hätte man doch einen Sündenbock gehabt, dem man die Schuld an der unausbleiblichen Pleite hätte aufhaken können. Aber die Gewerkschaften taten den Kommunisten den Gefallen nicht. Einmal ihrer vertraglichen Bindung wegen, zum andern hatten sie erklärlicherweise kein Bedürfnis, die Suppe auszulöffeln, die einige kommunistische Ignoranten eingebracht hatten.

Es kam also, wie es kommen mußte. In der „Roten Fahne“ vom 11. Oktober erschien ein Aufruf, in welchem unter dem üblichen Geschimpfe auf die „Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer“ der ergebnislose Abbruch des Streiks verkündet wurde. Etwa 800 Tiefbauarbeiter blieben auf der Strecke. Dann erschien noch am 26. Oktober an der gleichen Stelle eine knappe Mitteilung an die Gemahregelten, wonach am 18. Oktober die letzte Zahlung stattgefunden habe. Es habe keinen Zweck mehr, zur Internationalen Arbeiterhilfe zu gehen, „da das gesammelte Geld, soweit es vorhanden war, zur Auszahlung gelangt ist“. Die Zentralkomitee habe sich aufgelöst, und der Restbetrag der gesammelten Gelder mit 25,53 M. sei der Internationalen Arbeiterhilfe überwiesen worden. Unterstichungsansprüche irgend welcher Art können nicht mehr berücksichtigt werden.

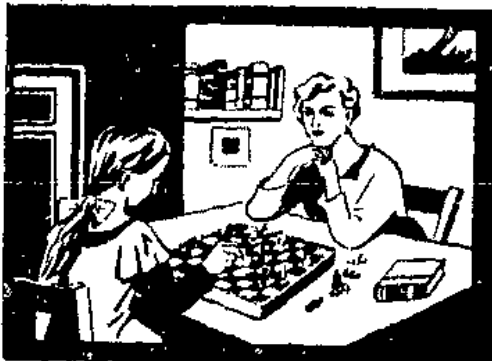
Das war das Ende der glorreichen Aktion. Die Kommunisten haben erwiesen, daß sie es verstehen, Wirtschaftskämpfe auszulösen; sie zu einem guten Ende zu führen, ist allerdings schwerer. Die Erfahrung, daß Unorganisierte auf „revolutionäre“ Redensarten von Hohlköpfen am leichtesten hereinfallen, ist nicht neu, sie hat sich in diesem Fall wieder bestätigt. Es hat sich aber auch gezeigt, daß im Zeitalter der Organisation wilde Streiks zum Nachteil der Arbeiter ausschlagen, gleichviel ob sie von Unorganisierten oder von kommunistischen Strategen inszeniert werden.

## Hermann Jaedel gestorben.

Der Vorsitzende des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Hermann Jaedel, ist am 2. November im fast vollendeten 60. Lebensjahr gestorben. Sein Tod bedeutet nicht nur einen schweren Verlust für seine Gewerkschaft, für die er Hervorragendes geleistet hat, sein Wirken reichte weit über die Organisation seiner Berufsgenossen hinaus und hat sichtbare Spuren hinterlassen, für die ihm die gesamte Arbeiterschaft Dank weiß. Schon in jungen Jahren fand Jaedel Anschluss an die Arbeiterbewegung. Als vor fünf- undzwanzig Jahren der historisch bedeutende Kampf der Crimmitschauer Weber um den Zehnstundentag ausbrach, wurde Jaedel vom Vorstand des Textilarbeiter-Verbandes zur Leitung dieser Bewegung an seinen Geburtsort berufen. Später betätigte er sich in der Konsumvereinsbewegung, auch einige Jahre in der Parteipresse. Seit dem Jahre 1905 war er Angestellter des Textilarbeiter-Verbandes, zuerst als Gauleiter. Im folgenden Jahre bereits wurde er in den Vorstand seines Verbandes berufen. Von 1912 bis 1924 war er Mitglied des Reichstages. Im Jahre 1921 wurde er zum Arbeitsminister in Sachsen berufen. In seiner kurzen Amtszeit hat er sich besonders um die Ausgestaltung der Gewerbeinspektion bemüht. Eine Reihe von Jahren war er Mitglied des Vorstands des ADGB, und er hat auch sonst eine Menge von Ehrenämtern bekleidet. Überall hat er sich mit voller Hingabe um das Wohl der Arbeiterschaft bemüht und sich damit ein dauerndes Andenken gesichert.

## Verbandstag der Maler.

Vom 1. bis 5. Oktober fand in Stuttgart die Generalversammlung des Maler-Verbandes statt. Der Verband hat sich seit der letzten Generalversammlung gut entwickelt und zählt jetzt 55.500 Mitglieder. Auch die Beitragsleistung hat sich gehoben, der Durchschnittsbeitrag ist in der Berichtsperiode von 88 auf 91 Pf. gestiegen. Im Geschäftsbericht wurde über das starke Überhandnehmen des Kleinmeisterstums und der Lehrlingszüchterei geklagt. Interessant ist die Feststellung, daß sich der Saisoncharakter des Malergewerbes durch die Entwicklung der Licht- und Heiztechnik stark gemildert habe. Für den Abschluß eines neuen Tarifvertrages wurde der Vorstand beauftragt, die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens in Angriff zu nehmen. Es handelt sich dabei um die Festlegung der Entschädigungssätze sowie der Arbeits- und Urlaubszeit der Lehrlinge im Tarifvertrag. Außerdem soll auf eine Einschränkung der übergroßen Zahl von Lehrlingen hingewirkt werden. Nach einer sehr ausgiebigen Debatte wurde die Einführung einer Invalidenunterstützung beschlossen. Der Verbandsvorsitzende Streine legte sein Amt nach 25jähriger Tätigkeit nieder. Er übernimmt eine leitende Stellung in der Volkshilfe. An seine Stelle wurde der seitherige Bezirksleiter Hans Vogt in München zum Verbandsvorsitzenden gewählt.



# Unterhaltung und Wissen



## Die Großtat eines Schreinermeisters.

Erzählung von Max Karl Böttcher.

„Und ich sage euch, Leut': es geht alles noch zu langsam heutzutage, viel zu langsam!“ rief Peter Mitterhofer, der Schreinermeister des kleinen Südtiroler Dörfchens im stillen Tal, und schlug zur Betätigung seiner Behauptung mit der Faust auf den Schenktisch, daß die Gläser hüpften und klirren. Am runden Tisch im Extrastübchen des Gasthauses trat augenblicklich Stille ein. Die kernigen Gestalten, echt Tiroler Bauern mit klugen, klaren Augen und ernsten Zügen, horchten auf.

Peter Mitterhofer, ein geschickter Mensch, ein Grübler und findiger Kopf, der sich gern mit allerlei Dingen der Mechanik beschäftigte, hub nun an: „Jetzt hab' ich mich halt verraten! Na, macht nix, Leut', erfahren müßt ihr es sowieso! Also, daß ihr es nun gleich wißt: Eine Maschine hab' ich gebaut, mit der man — schreiben kann!“ — Damals schrieb man 1868.

„Eine Maschin', mit der man schreiben kann? Und mit Feder und Tinte nit mehr?“ fragte der reiche Alois Leutmeier.

„So ist's! Es ist eine Art Druckmaschine! Kommt mit in meine Werkstatt, Leut', ich zeige euch die Erfindung!“ Und aufgeregter verließen die acht oder neun Männer die Schenke und marschierten zu Mitterhofers kleinem Häufel an der Wachenbrud.

Peter Mitterhofer sperrte seine Werkstatt auf, schraubte die Petroleumlampe hoch und ließ die Freunde eintreten. Dann holte er aus einer großen Kiste ein eigenartig ungefüß Ding hervor, einem großen Holzkasten nicht unähnlich, und setzte es auf den Tisch. Born waren breite ungelente Tasten



angebracht, wie auf einem alten Spinett, auf den Tasten waren mit Rötelstift Buchstaben aufgemalt. Kleine Holzhammerchen, wie sie das Klavier auch hat, wurden von den Tasten, wenn man auf diese drückte, niedergeschlagen, und dahinter war eine Holzplatte, auf welche Mitterhofer ein Stück Papier mit kleinen Nägeln festmachte. Nun nahm er eine schwärzliche Flüssigkeit, ähnlich der Druckerwärze, und beschrift mit dieser die Schlagfläche der Hammerchen, auf welchen ein Buchstabe erhaben aufgestellt war. Der Erfinder stellte sich nun an den Apparat, klopfte mit den Fingern auf die Tasten, und mit Staunen sahen die nächtlichen Gäste der Werkstatt, wie auf dem Papier sich ein Buchstabe neben den anderen setzte. — Das Urmodell unserer heutigen Schreibmaschine, freilich diesem Präzisionswerk der Jetztzeit gleichend wie etwa das erste Dampflok Nürnberg-Fürth einer Schnellzuglokomotive der Vorkriegszeit.

Am nächsten Tage wußte das ganze Dorf, wußte das stille Bergtal die wundersame Geschichte vom Peter Mitterhofers Erfindung. Der Herr Pfarrer kam, ließ sich das Wunderwerk vorführen, und der alte, kluge Herr erkannte mit einem Blick, daß hier eines seiner Dorfkinder etwas erfunden hatte, das weitbedeutend werden konnte. Er, der Pfarrer, schrieb selbst auf der Holzmaschine, freilich ging es langsam, und die Buchstaben standen auch nicht immer in militärischer Ordnung nebeneinander, denn es war eine grobe Arbeit im Holzmodell, deshalb sagte Peter Mitterhofer zum Pfarrer: „So ist das natürlich noch nix, Hochwürden. Die Maschin' aus Holz ist noch nix, die muß aus gutem Eisen geschmiedet werden.“

„So laßt sie doch aus Eisen machen, Schreiner!“

„Leicht geraten, Herr Pfarrer, aber das kostet Geld, ein ordentlich Stück Geld, und ich hab' halt keins!“

„Ich will zu den Bauern gehen, Schreiner, ich verfolge Euch mit Geld!“

Aber so sehr und eindringlich der Pfarrer den Hofbesitzern seines Kirchspiels auch die Vorteile der Mitterhoferschen Erfindung vor Augen führte und ihnen klarlegte, wie schnell sie damit Geld verdienen, wenn sie die Sache finanzieren, so sehr fragwürdigen Unternehmern gab keine auch nur einen Gulden her. Und nach langem fruchtlosem Bemühen trat der Pfarrer wieder bei dem Schreiner ein — mit leeren Händen.

„Es war nix, Mitterhofer! Aber laßt die Lösung nicht sinken! Ich hab' eine Idee! Packt eure Maschine zusammen und fahrt damit nach Wien zum Kaiser. Führt ihm die neue Maschin' vor, und Ihr werdet sehen, er hilft Euch!“

Und wahrhaftig: Peter Mitterhofer wagte die für die damaligen Verhältnisse ungeheure Tat einer Reise in die Hauptstadt.

Kaiser Franz Joseph empfing den Peter Mitterhofer so leutselig und freundlich, daß der Schreinermeister sofort und ohne Zagen und Bangen seine Maschine erklärte und vorführte. Zehn bis zwölf Herren des Hofes schauten. Endlich hub der Kaiser an: „Mir scheint die Sache, wenn auch groß und un-

Aus! — Alles aus! — Alle Hoffnung dahin!

Mitterhofer war erledigt, seine Erfindung dazu.

Es blieb ihm nach seiner Heimkehr kein Ruhm weiter als der, in seinem Dörflein als der weitgereste Mann angestaut zu werden, der in Wien gewesen war, der mit dem Kaiser gesprochen hatte, und der von ihm ein Gnadengeschenk erhalten hatte. — Nie wieder hat die Welt etwas von Mitterhofer gehört. Und von der Schreibmaschine auch nicht?

Wer lacht da?

Die Sache ging weiter.

Am Polytechnischen Institut studierte um die gleiche Zeit, da die Mitterhofersche Schreibmaschine auf kaiserlichen Befehl geprüft wurde, ein Amerikaner namens Charles Glidden. Er war ein tüchtiger Kopf und Famulus einer der Professoren, die die Maschine begutachten mußten. — Und ein Jahr später baute dieser wackere Sohn Amerikas, angeregt durch die Mitterhofersche Idee und auf ihr fußend, die erste Schreibmaschine für die Praxis, die bald ihren Siegeszug durch die Welt antrat.

Armer Mitterhofer! — Erfinderschicksal!

## Pelze als Krankheitserreger.

Die Krankheitsfälle, an denen die moderne Bekleidungsindustrie schuldig ist, mehren sich in erschreckendem Maße. Wenn es sich dabei auch meist nicht um gefährliche Krankheitszustände handelt, so sind doch so viele Störungen und Unannehmlichkeiten damit verbunden, daß die Öffentlichkeit unbedingt auf schnelle Abstellung der bestehenden Mißstände zu dringen hat. Unter den gefährlichen Kleidungsstücken ist in erster Linie der Pelz zu nennen, und zwar der moderne Kragenpelz, der mit dem Hals in Berührung kommt, zumal die Modedirichtung dahin geht, den Pelz im Nacken hochzuschlagen. Ein Bremer Hautarzt hat kürzlich über eine große Anzahl von Hautentzündungen im Nacken berichtet, die nur auf das Tragen von Pelzkragen auf dem Mantel zurückzuführen sind. Es handelt sich dabei um entzündliche Veränderungen der Haut, die mit starkem Jucken verbunden sind, in schwereren Fällen aber auch tiefer greifende eitrige Entzündungen hervorrufen. Die Ursache ist wohl meist in der Farbe zu suchen; mit denen diese häufig minderwertigen Pelze imprägniert werden, bevor man sie unter einem Phantasienamen verkauft. Es genügt sehr oft, den Pelz zu entfernen und die Haut unter geeigneter Behandlung abheilen zu lassen; manchmal bleibt eine Überempfindlichkeit der Haut noch lange Zeit bestehen. Jedenfalls können solche Entzündungen im Nacken hartnäckig und für die Betroffenen recht unangenehm sein.

Daß das Mühen- und Hutleder sowie dessen Ersatz aus Kunststoffen ähnliche Erscheinungen bei Männern auf der Stirn verursachen kann, wenn es mit gewissen chemischen Bestandteilen getränkt ist, steht fest. Man hat in dieser Beziehung vielfach traurige Erfahrungen machen müssen. Neuerdings ist aber auch beobachtet worden, daß Kleiderfarben sehr unangenehmen Juckreiz erregen können. Eine Frau, die ein neues Kleid nur einmal getragen hat, bekam an all den Stellen, wo das Kleid die Körperhaut berührt hatte, einen intensiven Nesselausschlag, der sich acht Tage später, beim zweiten Tragen des Kleides, zu einer heftigen Hautentzündung entwickelte; über eine Woche verging, ehe der Ausschlag zur Abheilung gelangte. Es sei noch erwähnt, daß Schuheinlegesohlen, die aus irgendeiner Patentmasse hergestellt waren und unter höchstönendem Namen segelten, an den Fußsohlen einen ganz ähnlichen Krankheitsprozeß hervorriefen, der entsprechend der harten Schwielenhaut an den Sohlen natürlich etwas anders aussah und ein wenig anders verlief. Daß die Einlegesohlen die Ursache für die unangenehme Entzündung waren, ließ sich mit Sicherheit feststellen, weil der Träger der Sohlen in einem Schuh eine Plattschuh-einlage trug und nun gerade diese von der Plattschuh-einlage geschützte Stelle frei von dem entzündlichen Prozeß war.

Man muß also leider etwas vorsichtig und mißtrauisch bei manchen von der Bekleidungsindustrie zur Verfügung gestellten Waren sein, und vorsichtige Leute sollten nur bewährte Qualitäten kaufen. Für die Industrie selbst müssen diese Tatsachen eine Mahnung und eine Warnung sein, mehr Rücksicht auf die Verbraucher zu nehmen und chemische Farbe- und Imprägnierungssubstanzen erst sorgfältig auszuwählen, ehe sie dem Verbrauch übergeben werden.

## Der Fisch als Lampe.

Ein in der Tiefsee lebender Tintenfisch trägt den Namen „Wunderlampe“, weil seine Leuchtorgane in der Tat einer Lampe zu vergleichen sind. Dieser Fisch, der in einer Wassertiefe lebt, in die kein Lichtstrahl mehr dringt, schwimmt inmitten seiner nachtdunklen Umgebung wie in einer festlichen Beleuchtung herum, da er sowohl an seinen langen, bandartigen Fing- und Fühlarmen als auch unter den Augen Organe besitzt, die entweder einen leuchtenden Stoff absondern oder selbst leuchten. Nach dem Tiefseeforscher ist diese „Wunderlampe des Meeres“ mit zweiundzwanzig Leuchtorganen ausgestattet, die, je nach Bedarf, leuchten oder auch ausgeschaltet werden können.

## Einem unglücklichen Freunde.

Seht ihr sie, die grauen Arbeitsmänner?  
Wie sie schaffen, schaffen müssen an den Maschinen?  
Tosender Lärm erfüllt alles, alles.  
Scheint bis in das Innerste der Menschen zu dringen.  
Noch draußen, weit weg von der Arbeitsstätte  
frißt und zerrt es wild an ihren Nerven.

Seht ihr sie, die grauen Arbeitsmänner?  
Mit gebeugtem Rücken, verkrüppelten Fingern  
schieben und pressen sie das Holz  
in die gierigen, brüllenden Mäuler.  
Transmissionen sausen. Treibriemen klatschen.  
Kreislagen schrillen. Hobelmaschinen krachen,  
dazu das hohle, hämische Pfeifen des Fräasers.

Dazwischen in diesem tosenden Chaos — Menschen!  
Menschen sind es mit grauen Gesichtern  
und spanüberfüllten blauen Blusen.  
Gepackt und eingespannt in den grausamen Rhythmus,  
achten sie nicht des eigenen Leibes.  
Tempo! Holz her! Verdienen oder verhungern.

Nur einer steht aufrecht.  
Arbeit ist Spiel, Bretter werden getraunt  
von den haarscharfen Zähnen der kreisenden Säge.  
Noch hat er den Tribut nicht zollen müssen.  
Er fühlt sich als Herr der Maschinen.  
Der junge arbeitsgewohnte Prolet.

Da ein-gellender, alles durchdringender,  
kehlenabschnürender Schrei.  
Arbeit stockt, Maschinen laufen leer.  
Der junge Prolet raßt hilflos  
mit verstümmelter Hand durch den Saal.

Ferienfreude, Vorfreude auf grüne Wälder,  
blaue Seen, Erleben mit schwarzbrennen Mädchen  
ließen ihn sekundenlang abwesend sein.  
Da sprach das tückische Eisen Menschensleisch.  
Glieder zerschneidet es, auflast Holz.

Ernst Dönt.

geschlachtet, nicht uneben. Aber ehe ich Euch versprechen kann, zu helfen, muß ich die Erfindung erst von Leuten prüfen lassen, die sich auf derartige Mechanik verstehen. Verharret ein paar Tage in Eurem Quartier, der Entscheid wird nicht allzu lange auf sich warten lassen.“

Am dritten Tage, frühmorgens gegen neun Uhr, fuhr der Posturier vor dem Gasthause vor. Ein Lakai trug die Kiste und stellte sie vor Mitterhofer in dessen Stübchen nieder. Der Posturier aber handigte dem Erfinder ein Schreiben ein und zugleich einen versiegelten zweiten Brief, ließ sich den Empfang der Schriftstücke bescheinigen und verschwand.



Nun stand der Schreiner da, in jeder Hand einen Brief mit kaiserlichem Siegel. Zuerst öffnete er den einen, sehr dicken und sehr schweren. 150 Gulden lagen darin. Und nun den anderen. Und in dem stand das Todesurteil der Schreibmaschine. Ein gelehrtes Kollegium habe auf allerhöchsten Befehl die von ihm erfundene Maschine zum Schreiben geprüft, aber feststellen müssen, daß die erwartete Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit des Schreibens mit dieser Maschine auch bei größter Übung dem Schreiben mit der Hand immer nachstehen werde. Aber um die kaiserliche Guld zu bekunden, würden dem Erfinder, in einem zweiten Schreiben beigefügt, 150 Gulden aus allerhöchster Privatkapitulle als Anerkennungsbeitrag zugebilligt.

